

Presseinformation

334/10

Kiel, 1. November 2010

Uli Schippels: „Nonnenmacher wirft Nebelkerzen.“

Kiel. DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag kritisiert Nonnenmacher für die fortgesetzte Intransparenz bei der HSH Nordbank.

Der Vorstandsvorsitzende der HSH Nordbank Dirk Jens Nonnenmacher wiederholte vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss in Kiel seine schon aus dem Hamburger Untersuchungsausschuss bekannte Sicht der Dinge. Die Bank sei 2007 schlecht aufgestellt gewesen, es gab kein Konzept für das viel zu große Kreditersatzgeschäft und das Risikomanagement sei unzureichend gewesen.

„Hier zeigen sich deutliche Unterschiede zur Aussage von Finanzminister Wiegard, der ausschließlich die Lehmann-Pleite für das HSH-Desaster verantwortlich macht“, so Uli Schippels, Obmann der LINKEN im Untersuchungsausschuss. Insofern decke sich Nonnenmachers Aussage unter anderem mit der von Luis Marti Sanchez, Werner Marnette, Ravi Sinha und anderen wichtigen Zeugen.

Zur Sicherheitsfirma Prevent äußerte sich Nonnenmacher ausweichend. Es sei darum gegangen, der vielen „Informationslecks“ in der Bank Herr zu werden. „Damit kommt Nonnenmacher nicht durch“, so Schippels. „Die interessierte Öffentlichkeit wird diese Aussage als das werten, was sie ist: der Versuch, davon abzulenken, dass Kritikerinnen und Kritiker der HSH Nordbank ausspioniert worden sind.“ Auch Nonnenmachers Aussagen zur Bilanz 2007 seien abenteuerlich. „Eine falsche Bilanz ist auf jeden Fall eine falsche Bilanz, vielleicht sogar eine gefälschte Bilanz.“

Die Bank werde bis heutige vom Fluch der bösen Tat verfolgt. Bereits 2007 entschieden die Verantwortlichen in Vorstand und Aufsichtsrat, die wahre Lage der Bank zu vertuschen. Noch immer werde mehr Energie darauf verwendet, die Wahrheit zu verbergen, als die Bank zu sanieren. Nonnenmacher werfe weiterhin Nebelkerzen. Die Bank würde ja im Gegensatz zu anderen geretteten Banken für die Erst-Verluste bis zu 3,2 Milliarden Euro selbst geradestehen. „Dieses Opfer ist ja auch nicht so schwer, nachdem die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein 3 Milliarden Euro in die Bank gepumpt haben“, so Schippels abschließend.